

Stadtratssitzung vom 17. September 2020

## Fragestunde F 17/2020

### Fragestunde betreffend Direktaufnahme aus Moria

SP-Fraktion und Fraktion Grüne/Junge Grüne vom 15. September 2020; Beantwortung

#### Wortlaut der Fragestunde

In der Nacht vom 8. auf den 9. September 2020 brannte ein Grossteil des notorisch überfüllten Flüchtlingslagers Moria auf der Insel Lesbos nieder. In der Nacht darauf wurde von einem zweiten Feuer fast alles zerstört, was vom ersten Brand verschont geblieben war. Zuletzt hielten sich in Moria und unmittelbarer Umgebung etwa 12'500 Migrant\*innen auf – bei einer Kapazität von 2'800 Plätzen. Tausende mussten die Nacht unter freiem Himmel auf den Strassen rund um das Camp verbringen. Rund 400 Minderjährige, die ohne Eltern unterwegs sind, wurden in die Hafenstadt Thessaloniki geflogen. Wie deren Zukunft aussieht, ist ungewiss. Erwachsene Geflüchtete müssen auf der Insel bleiben.

Das menschliche Elend ist kaum in Worte zu fassen, hinzu kommt die Angst vor einem unkontrollierten Ausbruch der Corona-Epidemie. Europas Solidarität ist dringend gefragt. Acht Schweizer Städte haben ihre Bereitschaft kundgetan, Geflüchtete direkt aufzunehmen. Die Stadt Zürich fordert vom Bundesrat, eine nationale Konferenz einzuberufen, denn es liege beim Bund, das Angebot der Städte zur Direktaufnahme endlich zu nutzen. Aufgrund der menschenunwürdigen Zustände besteht dringender Handlungsbedarf.

Im Umgang mit der Corona-Pandemie hat die Stadt Thun gezeigt, dass sie in ausserordentlichen Situationen rasch und unkompliziert Unterstützung anbieten kann. Unbürokratisches Handeln ist auch jetzt gefragt. Ist der Gemeinderat bereit, sich diesen acht Städten anzuschliessen sowie die Forderung der Stadt Zürich nach einer nationalen Konferenz zu unterstützen, damit den Geflüchteten in dieser Notsituation zeitnah geholfen werden kann?

#### Antwort des Gemeinderates

**Zur Frage: Ist der Gemeinderat bereit, sich diesen acht Städten anzuschliessen sowie die Forderung der Stadt Zürich nach einer nationalen Konferenz zu unterstützen, damit den Geflüchteten in dieser Notsituation zeitnah geholfen werden kann?**

Der Gemeinderat hat grosses Verständnis für die Anliegen im Zusammenhang mit der äusserst prekären und sehr besorgniserregenden Situation der Flüchtenden in Moria. Grundsätzlich ist der Bund für die Aufnahme von Asylsuchenden zuständig. Der Gemeinderat steht zur humanitären Tradition der Schweiz. Die Stadt Thun ist deshalb selbstverständlich bereit, im Rahmen der Zuständigkeitsordnung ihren Beitrag zur Bewältigung der humanitären Katastrophe zu leisten.



Thun, 16. September 2020

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident  
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber  
Bruno Huwyler Müller